GLASUL MINORITĂŢILOR
LA VOIX DES MINORITÉS
DIE STIMME DER MINDERHEITEN

ANUL / ANNÉE / JAHRGANG IX. IUNIE / JUIN / JUNI 1931. NUMĂRUL / NUMÉRO / NUMMER 6

Die Parlamentswahlen der Iorga-Regierung in Rumänien und die ungarische Nationalminderheit.

Was wir vorausahnten, geschah, „wir haben gewählt". In den Komitaten Csik und Udvarhely zum Beispiel, wo im Jahre 1928 78·57%, resp. 70·85% der Stimmen die Kandidaten der Ungarischen Partei unterstützten, gelangten jetzt rumänische Herren in der Verhältniszahl von 30·84%, resp. 58·30% zu Mandaten, die unsere guten Székler niemals gesehen haben, ja nicht einmal dem Namen nach kannten.

Wollten wir alle Brutalitäten, Gewalttätigkeiten und Gesetzverstösse aufzählen, welche als Wahlmissbräuche aus verlässlicher Quelle uns zu Gehör kamen, so könnten wir einen dicken Band damit ausfüllen. Doch eine Auslese aus einigen Komitaten wird genügen, die traurige Tatsache zu bestätigen, dass wir in den Zustand vor 1928 zurückversetzt wurden. Nur der heldenhaften Gefasstheit der ungarischen Minderheitsnationsmitglieder ist es zu verdanken, dass wir wenigstens die Hälfte unserer parlamentärer Vertretung retten konnten.

*

Unmittelbar vor den Wahlen frug ein Journalist den Minister Manoilescu, welchen Standpunkt die Regierung gegenüber dem Ungartum während der Wahlen einnehmen werde, worauf die Antwort hiess: Wir werden aufrichtige, loyale, offene und ehrliche Gegner sein.

Wieviel die Worte des Ministers wert sind, siehe die Tatsachen:

Im Komitat Udvarhely war Graf Georg Bethlen, Präsident der Ungarischen Partei, Listenführer vonseiten der Ungarischen

Partei. Von höherer Seite kam die Verfügung, er dürfe auf keine Weise zurückgehalten oder eingeschränkt werden. Er kam auch ungehindert in die Wahlräumlichkeiten in Székelykeresztur und nahm dort schon am 1. Juni morgens um 7 Uhr seinen Platz ein. Es geschah auch keinerlei Missbrauch bei der Summierung der Stimmen. Nur soviel geschah, dass die Abstimmung von Montag Früh 7 Uhr bis Dienstag Früh 8 Uhr dauerte und während dieser 25 Stunden von den nahezu 2000 Wählern bloss 784 Votanten ihre Stimmen abgeben konnten. 800 Männer standen dort auf der Strasse bis 8 Uhr morgens, dann wurde ihnen verkündet, es dürfe nicht mehr gestimmt werden. Abgestimmt hatten in Székelyudvarhely die Gemeinden: Szederjes, Felek, Boldogfalva, Gagy, Fiátfalva. Also waren die rumänischen Wähler hereingekommen. Doch die Gemeinden: Csekefalva, Andrásfalva, Szentábrahám, Ujszékely konnten nicht abstimmen, weil die Gendarmen deren Wähler zurück- und auseinanderjagten. Die 947 Wähler von Székelykeresztur selbst erschienen vor der Urne. Als 147 von diesen abgestimmt hatten, unterbrach man die Abstimmung und die übrigen 800 kamen nicht mehr an die Reihe. Im Wahllokal selbst waren dort 20 Nischen, trotzdem liess man die Votanten nur 10 auf einmal eintreten. Nach jeder Zehnergruppe hielt der Richter eine Pause von 10—20 Minuten. Die Zehnergruppen wurden nicht vor dem Wahllokal, sondern davon 175 Schritte entfernt aufgestellt. Von 2 Uhr nach Mitternacht bis morgens 8 Uhr, also während 6 Stunden stimmten die 127 Wähler einer einzigen Gemeinde, die von Fiátfalva ab. Morgens um 8 Uhr begann man die Summierung, welche bis 11 Uhr dauerte. Graf Bethlen sass 28 Stunden ununterbrochen im Wahllokal, allein in der ganz fremden Umgebung und dieses wahrhaft heroische Beispiel der Ausdauer und Opferwilligkeit übte tiefen Eindruck auf die in grosser Menge aufmarschierten und unentwegt ausharrenden Székler Wähler. Graf Bethlen verfasste während der Abstimmung mehrere Kontestationen und reichte sie dem Wahlpräsidenten ein.

In Etéd tat Abgeordnetenkandidat Eduard Abrudbányai seine Beobachtungen. Von den 2368 Wählern dieses Kreises konnten nur 316 abstimmen. Zu diesem Wahlkreis gehören die Gemeinden: Etéd, Martonos, Atyha, Énlaka, Siklód, Küsmöd, Kőrispatak, Szolokma, Tordátfalva. Aus der Gemeinde Etéd allein holten sich 470 Leute ihre Wahllegitimation ab. Von

diesen konnten dreihundert abstimmen, die übrigen paar Stimmen kamen von Tordátfalva herein, aber ein grosser Teil der Votanten der neun übrigen Gemeinden konnten nicht einmal in das Dorf hereinkommen, weil die Gendarmen sie ausserhalb der Gemeinde auseinander und nachhausejagten. Im Wahllokal verzögerte der Richter die Zeit damit, dass er behufs Identifikation der Wähler sie Schriftproben machen liess. Einige dieser Schriftproben dauerten eine halbe Stunde, einige der Votanten quälte man auch eine Stunde lang mit dem Niederschreiben ihrer Namen. Mittlerweile verging die Zeit, sodass um 2 Uhr nach Mitternacht der Gendarm erschien mit der Meldung, kein einziger Wähler sei mehr zu erblicken, worauf der Präsident die Wahl abschloss.

In Zetelaka war jede Kontrolle unmöglich gemacht. So ist es begreiflich, dass die Ungarische Partei von den abgegebenen 1545 nur 82 Stimmen bekam. Die Regierungspartei mit ihren dort nie gesehenen und vollkommen unbekannten Kandidaten erlangte 1189 Stimmen.

Der gewesene Abgeordnete und jetzt Kandidat Franz Laár bestätigt von den Wahlen Folgendes:

Als Abgeordnetenkandidat der Ungarischen Partei erschien ich im Zentrum des Wahlkreises, in Erdőszentgyörgy, zur festgesetzten Zeit. Als ich die Grenze des Wahlkreises übertreten wollte, hielt mich der Gendarmwachtmeister Naznam zurück. Ich zeigte die vom Wahlkanzleipräsident des Komitates ausgestellte Legitimation, welche mich zum Aufenthalt im Wahllokal berechtigt, genannter Wachtmeister konfiszierte diese. Ich versuchte die Legitimation zurückzubekommen, doch war es umsonst mit der Gewalt zu debattieren. Als er sah, dass er mich nicht los wurde, befahl er den Soldaten, die Bajonette aufzupflanzen, welche nach Ausführung des Befehls die Grenzlinie in gedrängter Reihe besetzten. Es gelang mir nicht, mit dem Wahlrichter in Fühlung zu treten. Telefon und Telegraf waren von der Gendarmerie kontrolliert, diese waren nicht zu benützen.

Ich eilte den Votanten von Székelyszentiván, Atosfalva und Csókfalva entgegen, die mit Bestürzung zur Kenntnis nahmen, dass im Wahllokal kein einziger Vertrauensmann oder Assistent einer Partei vorhanden war.

Meinen Amtskollegen, den reformierten Geistlichen Dr. Georg Dávid, dem es gelang, einzudringen, bat ich, er möge dem die

Wahl leitenden Richter meine Bitte vorbringen, mir den Aufenthalt im Wahllokal zu gestatten, meine Legitimation sei durch Wachtmeister Naznam konfisziert worden.

Dr. Georg Dávid behauptet, nach einigen Minuten Bedenkzeit frug der Richter ob er Kandidat sei und ob er abstimmen wolle. Auf seine Antwort, nicht er sei der Kandidat, habe er ihn zum Verlassen des Lokals aufgefordert. Also war seine Vermittlung erfolglos.

Als ich sah, dass meine Anwesenheit dort überflüssig war und man mir auch drohte, mich zu verhaften, verliess ich die Gemeinde Erdőszentgyörgy endgiltig.

Die Kontestation bezüglich Zurückweisung der Delegierten übergab ich dem Stefan Borbély sen., Einwohner von Erdőszentgyörgy, ohne Kenntnis davon, ob der Präsident sie angenommen hat. Meine Feststellungen kann ich nötigenfalls auch mit Zeugen bekräftigen.

Bezeichnend ist, dass von den skandalösen Gewalttätigkeiten im Komitat Udvarhely auch Marschall Averescu Erwähnung tat in dem an Iorga gerichteten Schreiben, worin unter Anderem geschrieben steht:

„Ich weiss genau, Sie werden auf nachstehende Klagen wieder nur antworten was Sie schon einmal sagten, „was kann ich einzelner Mann tun gegenüber der begangenen Sünden des Landes..." Sie haben vollkommen Recht. Besonders, als Sie die Wahlen den Händen Derer anvertrauten, die die unübertrefflichen Vertreter dieser begangenen Sünden sind, und vielleicht werden auch Sie einsehen, dass nun wiederum Sie der Exponent dieser Männer wurden".

Danach teilt Averescu folgendermassen die Meldung des gewesenen Staatssekretärs Bucşan über die Wahlen in Udvarhely mit:

Zehn Tage vor den Wahlen wurde im Komitat militärisches Regime eingeführt, Gendarmeriemajor Marinescu wurde zum militärischen Kommandanten im Komitat Udvarhely ernannt. Niemand weiss, auf welche Veranlassung diese Ernennung geschah. Major Marinescu begab sich auf die Komitats-Prefektur und von dem Augenblick an waren alle militärischen und zivilen Behörden seiner Verfügung unterstellt. Die erste Folge des Militärkommandos war, dass die Propaganda der oppositionellen Parteien verboten wurde. Versammlungen waren nur auf be-

sondere Erlaubnis hin gestattet, doch selbst die gegebene Erlaubnis wurde nicht berücksichtigt. Gendarmen gingen durch die Dörfer und entfernten die Plakate der Opposition. Bürger, bei denen oppositionelle Plakate gefunden wurden, verhaftete man einfach. Die Postämter besetzte die Gendarmerie, Briefe, Telegramme wurden zensuriert, das Telefon dem Privatgebrauch ganz entzogen Der Gerichtspräsident bat um Urlaub und statt seiner ernannte man einen Richter namens Iacobini zur Leitung des Komitats-Wahlausschusses, der in jeder Hinsicht den Kandidaten der Regierungspartei zur Verfügung stand. An der Spitze Derer stand Vespasian Pella, den man im Komitat noch von 1927 her kannte, als er in ähnlicher Weise die Wahl leitete. Herrn Pella begleitete sein Sohn in das Komitat, der als Professor der Universität in Iaşi Mitglied des Richter-Prüfungskomitees ist. Zu den Wahlen brachte man von Constanţa, Focşani und anderen entfernten Gegenden des Landes zehn junge Richter, unter ihnen Richter-Kandidaten, die vor dem jungen Pella erst die Prüfung zu bestehen haben. Am Tage der Wahl verbarrikadierten die Gendarmen die aus den Städten führenden Wege, niemand konnte ins Komitat gelangen. Umsonst versuchte ich – so schreibt Bucşan in seiner Meldung – Klage zu erheben, die Lokale der Komitatsprefektur und das Gerichtsgebäude waren von Gendarmen umringt, niemand konnte den Kordon durchbrechen. So war der Präsident der Komitats-Wahlkommission – aus eigenem Willen oder gezwungen? – tatsächlich Gefangener des Majors Marinescu. Im Laufe des Nachmittags erschien Gendarmerie-Wachtmeister Vasile Smochina bei mir mit schriftlichem Befehl, setzte sich auf mein Auto und beförderte mich an die Grenze des Komitates. Unter solchen Umständen waren weder ich, noch meine politischen Freunde in der Lage, bei der Abstimmung gegenwärtig und Zeugen beim Öffnen der Urnen zu sein. Privatim kam mir zu Gehör – berichtet endlich Bucşan – dass auch die Kandidaten der übrigen oppositionellen Parteien bei der Abstimmung und dem Öffnen der Urnen nicht zugegen sein konnten.

•

Aus dem Komitat Csik Folgendes:

Im Wahlbezirk Gyergyószentmiklós leitete Gerichtspräsident von Gyergyószentmiklós Dr. Erich Bottuschan die Wahl. Einer, der am meisten bedrohten, tapfer ausharrenden Helden

der Wahlen. Im Vorhinein auf Schwierigkeiten gefasst, setzte er sich früh morgens, als die Wahl begann, neben die Urne und verliess das Wahllokal bis zum nächsten Morgen auf keinen Augenblick.

Mittlerweile war er vonseiten der Liberalen fortwährenden Insulten und Drohungen ausgesetzt, weshalb er gegen Tiberiu Pop, Sekretär des Prefekten und Konsorten Kriminalanzeige einleitete.

Ein anderer Held der Wahl von Gyergyószentmiklós war ein Jägeroberleutnant, dessen Namen wir leider nicht kennen. Er verfuhr als Kommandant der Gewalt in absolut korrekter Weise. Der Oberst des Cercul de Recrutare von Csikszereda wollte ihn zum Weggehen bringen und erteilte ihm den Befehl, seinen Dienst zu übergeben. Der Oberleutnant weigerte sich dem Befehl nachzukommen und hütete die Urne gemeinsam mit Bottuschan unentwegt weiter.

Hier verschwand auch kein einziges Votum.

Auch die anderen zwei Bezirksrichter von Gyergyószentmiklós benahmen sich korrekt.

Im Wahlkreis von Szentdomokos kam der Präsident der Wahlen der ministeriellen Verordnung, welche die Herausgabe der Legitimationen am Tage der Wahl bestimmt, nicht nach, mit dem Vorwand, dies sei rechtswidrig. Daraus entstanden Missverständnisse und die Abstimmung setzte auch für einige Zeit aus. Später ging die Abstimmung in Ordnung vor sich. Als man die Stimmen zusammenzählte, telefonierte man dem Richter Chiriliuc durchschnittlich alle halbe Stunden, die Gemeinde wolle sich gegen ihn erheben, er sei in Gefahr. Doch Chiriliuc sass dem Trick nicht auf und verliess seinen Platz nicht, sondern setzte die Summierung der Stimmen fort, womit er bis zum Morgen in Ordnung war.

Im Wahlkreis Madéfalva präsidierte Bezirks-Unterrichter Janoşi. Die Abstimmung selbst ging in grösster Ordnung vor sich, obwohl man versuchte, die Gemeinde Madaras unter Quarantaine zu stellen. Auf einigen Stimmzetteln waren, wahrscheinlich infolge der Manipulation eines liberalen Delegierten, Zeichen zu sehen, weshalb der Präsident 390 Stimmzettel, zum grössten Teil ungarische, annulierte.

Im Tusnáder Wahlkreis wurde die Gemeinde Lázárfalva wegen Epidemie gesperrt, die Votanten gingen auf Umwegen

über die Felder zu den Urnen. Eine der erbaulichsten Erscheinungen der Wahlen war der Einzug deren von Kászon. Mit hundertvierzig Wagen kamen sie schon morgens um fünf Uhr und warteten geduldig, bis die Reihe an sie kam. Unzählige Stimmen gingen verloren, weil die Wahllegitimationen nicht herausgegeben wurden. Das Resultat der Ungarischen Partei in diesem Wahlkreis ist 87%. Präsident war Hilfsrichter Dr. Zbărcea von Csikszereda, der die Wahl mit absoluter Unparteilichkeit leitete.

Im Wahlkreis von Csikszereda verhaftete man in der Gemeinde Szentimre am Morgen des Wahltages zwanzig Männer, die wohlhabendsten Bauern des Dorfes mit dem Vorwand, sie seien Kommunisten. Später wurde der Wald angezündet und die Votanten zum Löschen kommandiert. Trotzdem entkamen die Leute zu den Urnen. Von den Verhafteten liess man zehn auf Intervention unserer Kandidaten frei, drei aber, Stefan Bartha, Albert Fodor und Alexander Imre wurden grausam verprügelt. Bei den Urnen wachte leitender Bezirksrichter von Csikszereda Pacinsky, tapfer.

Im Wahlkreis von Gyimesközéplok mengten sich zwei Detektive und ein Polizist von Csikszereda verkleidet unter die Wähler. Ein Csángó trat dem Einen zufällig auf den Fuss, worauf sie eine Prügelei provozierten, die Brachialgewalt unter die Menge schiessen wollte und nur auf energisches Dazwischentreten des Präsidenten wurde die Ordnung hergestellt.

Die Gemeinde Kozmás im Wahlkreis von Szentmárton war abgesperrt, nur einige Votanten konnten durch den Kordon entkommen. Die rein ungarischen Dörfer Bánkfalva, Szentgyörgy, Menaság konnten gar nicht abstimmen. Abends um 8 Uhr warteten noch ungefähr neunhundert ungarische Wähler, die trotz wörtlichen, später schriftlich wiederholten Befehls des vorsitzenden Richters Antonescu, von den Gendarmen auseinandergejagt wurden.

Das allgemeine Verfahren an allen Wahlplätzen war, dass sehr wenig Stimmnischen errichtet wurden, die Zeit durch die Wahlpräsidenten an vielen Orten mit Bedacht verzögert wurde, wodurch unzählige ungarische Stimmen verloren gingen.

Im Wahlkreis von Szépviz ging die Abstimmung im Schnekkentempo vor sich. Der vorsitzende Richter tat sein Möglichstes, um je weniger Votanten abstimmen zu lassen. Gegen abend

begann ein Polizeikommissär zu schiessen, worauf die friedlich wartenden Wähler auseinandergetrieben wurden. Unsere drei Kandidaten eilten hin, auf ihre Intervention begann man das Abstimmen von neuem und setzte es die ganze Nacht hindurch mit langen Pausen fort. Endlich hatten zweieinhalb Széklergemeinden trotz Warten bis morgens 8 Uhr des anderen Tages, nicht abgestimmt.

Im Wahlkreis Tölgyes ging das Votieren langsam, aber in grösster Ordnung vor sich.

An allen diesen Orten mussten die Wähler der Ungarischen Partei den ärgsten Terror erdulden, Gendarmerie und Militär trachtete auf jede Weise die Zahl der ungarischen Stimmen herabzudrücken, doch waren wenigstens die Richter nicht geneigt, sich offen an die Seite der Missbräuche begehenden zu stellen.

Anders stand es in den übrigen Wahlkreisen.

Im Wahlkreis Alfalu nahm ein Soldat oder Gendarm die Legitimation des Abgeordneten-Kandidaten Dr. Gabriel Pál weg und lief damit fort. Er war verschwunden und nach anderthalbstündigem Suchen nicht zu finden. Dr. Pál meldete den Vorfall sofort dem vorsitzenden „Richter", der höflich erklärte, die Sache sehr zu bedauern. Auch dem Gerichtspräsidenten erstattete er telefonisch Meldung, worauf der Präsident befahl, die Legitimation sofort suchen zu lassen. Der Richter tat seinem Vorgesetzten die unwahre Meldung, er habe sie gesucht, aber nicht gefunden. In Wahrheit suchte er sie gar nicht.

Später stellte man den Vertrauensmännern der Ungarischen Partei den Antrag, mit den Stimmen der übrigen Parteien gemeinsam zu manipulieren. Die Ungarn gingen darauf nicht ein, worauf man die Summierung der Votationen begann.

Ein Delegierter der Liberalen führte das Wahlprotokoll in einem abgesonderten Raum, dasselbe diktierte der Präsident vor den Augen der ungarischen Vertrauensmänner. Damit der Liberale besser operieren könne, erteilte der Präsident strengen Befehl, es dürfe niemand seinen Platz verlassen, kontrollierende Notizen machen, nur die Stimmen der eigenen Parteien dürfe man niederschreiben. Später nahm der anwesende Major von Csikszereda dem Pfarrer und Vertrauensmann die Liste aus der Hand, welche damals schon mehr als 600 ungarische Stimmen registrierte und warf sie ins Feuer. Nach diesem Akt

der Willkür, welche der Vorsitzende „Richter“ wortlos mit an sah, entfernten sich die Vertrauensmänner der Ungarischen Partei. Dies geschah etwa in der halben Zeit der Abstimmung, als die Zahl der ungarischen Stimmen 600 belief, welche schliesslich auf 228 zusammenschmolz. So viele ungarische Stimmen ergaben die Dörfer Alfalu und Remete.

Im Wahlkreis von Vaslábon ging die Abstimmung mit endloser Langsamkeit vor sich bis nachts um drei Uhr, als von den hinbestellten Széklergemeinden Ujfalu, Kilyénfalva, Csomafalva noch immer viele nicht abgestimmt hatten. Die Abstimmung wurde abgeschlossen und die Vertrauensmänner der Ungarischen Partei durch die Gendarmen und Soldaten in die eine Ecke des Saales gedrängt, während der vorsitzende „Richter“ in der anderen Ecke die Stimmen „zählte“, die Stimmzettel aber sofort verbrennen liess. So kam es soweit, dass die Stimmen einer unserer besten und reinsten Széklergemeinden alle auf die Regierungspartei fielen und für die Ungarische Partei nicht einmal so viele Stimmen aus der Urne kamen, wie tatsächlich auf die Regierung abgegeben werden konnten.

Im Wahlkreis von Ditro verlief die Wahl peinlich, bis nachmittags zwei Uhr erlaubte man der Gemeinde Szárhegy nicht vor die Urne zu treten, dann wurde das Verbot aufgehoben und die wackeren Székler durften abstimmen. Beim Zusammenzählen der Stimmen waren die ungarischen Vertrauensmänner anfangs zugegen, später, als die Zahl der ungarischen Stimmen 600 erreichte, verhaftete die Gendarmerie sie vor den Augen des „Richters“, beförderte sie in ein entlegenes Zimmer des Gemeindehauses und bewachte sie mit scharf geladenem Gewehr, bis die „Summierung“ herum war. Auf diese Art kamen die Stimmen der braven Székler von Szárhegy alle der Regierung zu.

Die Vorbereitungen zu den Senatorenwahlen begannen schon bei Morgengrauen. Man stöberte die Vertrauensmänner der Ungarischen Partei im ganzen Komitat aus den Betten, bis vormittags 10 Uhr versammelte man sie in verschiedene Separatzimmer der Polizei- und Gendarmeriekasernen, wo sie bis abends verblieben. Inzwischen ging die Abstimmung überall flau und ohne Kontrolle vor sich. Die Wähler kehrten, als sie die Verhaftungen sahen, an vielen Orten um und stimmten nicht ab, weil die Stimmen ja doch gestohlen werden. Die Kászoner Wähler wurden zurückgeschickt, kein einziger von ihnen stimmte,

in Kozmás war „Epidemie", Szentgyörgy, Menaság unter Quarantaine.

Mittlerweile überlegten sich die Machthaber scheinbar die Sache und liessen Elemér Gyárfás „herankommen". Die Urnen wurden nirgends gestohlen, was auf die Verbesserung der allgemeinen Moral schliessen liesse, wären nicht jene Herren „rechtschaffen" vorgegangen, die zuvor geriebene Stimmdiebe waren.

Auf die Abgeordnetenwahlen wirft bezeichnendes Licht, dass zum Beispiel in Ditró bei der Senatorwahl die Zahl der ungarischen Stimmen 75% erreichte, während bei der Abgeordnetenwahl kaum einige ungarische Stimmen aus den Urnen kamen.

Die Namenliste der Verhafteten ist: In Gyergyószentmiklós Johann Csiby, Dr. Julius Bartos, Dr. Michael Fejér, Michael Sándory sen., Dr. Blasius Sándor, Csanád Gereöffy. Dr. Adalbert Tódor wich der Verhaftung aus, indem er den vor seinem Tor wartenden Gendarm bemerkte, ihn nicht hineinliess und er selbst den ganzen Tag nicht seine Wohnung verliess. In Ditró weckte man Dr. Josef Plutz und Eduard Liebl nachts um zwei Uhr auf und nahm ihnen die Legitimationen weg. In Remete: Samuel Puskás. In Alfalu: Dr Johann Avéd. In Kilyénfalu: Franz Balázs. In Ujfalu: Adam Szántó. In Tölgyes: Alexander Csató. In Csikszereda: Kaspar Szopos, Dr. Karl Kováts, Peter Paul Domokos, Emerich Csiszér. In Szenttamás: Josef Ágoston, Ignaz Benő. In Középlok: Pfarrer Alexander Biró. In Somlyó: Andreas Pálffy. In Rákos: Árpád Dobos. In Pálfalva: Josef Gál sen. In Borzsova: Paul Lakatos. In Kászon: Ludwig György Pfarrer, Ludwig Nagy. In Tusnád: Abel Ábrahám. In Szentmárton: Dr. Eugen Nagy, Ludwig Róka.

Die Verhaftungen geschahen unter verschiedenem Vorwand, der Polizeichef, der Oberfiskal, der Prefekt lässt rufen, usw.

In Gyergyószentmiklós dauerte der Arrest bis Nachmittag fünf Uhr, als der Kommandant des Cercul de recrutare erschien und an die Verhafteten die Frage stellte:

„Was machen denn die Herren hier? Wer hält Sie denn zurück? Gehen Sie, wohin Sie wollen!"

Und von jedem der Männer liess er sich eine Deklaration unterschreiben, dass sie auf Einberufung erscheinen würden.

Als wären sie nicht ohnehin erschienen!

Wir halten es für erwähnenswert, dass die Mannschaft der Polizei und Gendarmerie im ganzen Komitat den Verhafteten gegenüber am schonendsten vorging, jeder einzelne Mann verriet, dass er sich des Vorfalles schäme, an manchen Orten sagten es die Polizisten und Gendarmen sogar offen heraus.

*

Im Komitat Temes-Torontál wurden die Beweise der Gesetzwidrigkeiten in öffentlichen notariellem Dokument festgelegt.

Aus der Zeugenschaft des öff. Notars Dr. Valer Gaiția stellen wir Folgendes fest:

„Am 4. Juni 15 Uhr begab ich mich nach Keglevichháza, wo ich die Einwohner Josef Sterbling, Josef Bayer, Franz Schadi, Johann Binder, Jakob Schadi und Franz Frankl verhörte, die Folgendes aussagten:

Am 3. Juni abends sechs Uhr wurde im Dorf ausgetrommelt, wer zu den Senatorwahlen abstimmen wolle, solle seine Wahllegitimation am Gemeindehaus abgeben. Die Wähler gingen auch zum Gemeindehaus, wo Gendarmeriewachtmeister Brebu auch die Legitimationen entgegennahm, um sie am nächsten Tag zurückzugeben. Die Wähler suchten den Wachtmeister am anderen Tage auf, er aber gab ihnen den Bescheid, er habe jetzt nicht Zeit, sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, weil er eben beim Frühstück sei.

Einige Wähler waren auf Feldarbeit, als ausgetrommelt wurde, die Wahllegitimationen seien zu übergeben. Zu diesen ging der Gemeindediener zur Nachtzeit in Begleitung eines Gendarmen der Reihe nach und nahm ihnen die Legitimationen weg.

Danach gingen wir in die Gemeinde Porgány. Dort sagten der Kleinrichter der Gemeinde und Andere einstimmig folgendes aus:

Am 3. Juni sieben Uhr früh kam Oberstuhlrichter Peter Baba in die Gemeinde und bald darauf wurde schon ausgetrommelt, jedermann solle seine Wahllegitimation abliefern. Die Wähler erschienen auch am Gemeindehaus, übergaben ihre Legitimationen dem Gemeindeschreiber Zomboreanu, der einigen in der Gemeinde wohnenden Votanten der Regierungspartei dieselben sofort zurückgab, die übrigen aber bei sich behielt. Auf diese Weise stimmten also aus der ganzen Gemeinde nur diese zwei-drei Mann.

In Keresztur erschienen vor mir die Dorfbewohner Josef Pacsa, Stefan Vörös, Michael Süli, Elias Kása und trugen Folgendes vor:

Am 3. Juni nachmittags sechs Uhr verkündete man im Dorf, jeder solle seine Wahllegitimation abliefern, diese werden am nächsten Tag zurückgegeben. Diese Wähler übergaben die Legitimationen, als sie aber anderen Tags in der angegebenen Zeit mit dem Gemeinderichter an der Spitze um die Wahllegitimationen erschienen, wurden statt dessen dem Richter die Hände mit Telefondrähten gebunden und die Gendarmen begleiteten ihn zu Fuss nach Óbéba, von dort nach Nagyszentmiklós. Unter solchen Umständen konnten von den 268 Wählern der Gemeinde bloss 22 abstimmen.

In Kisteremia hörte ich die Aussage der dortigen Einwohner Anton Krachtus, Johann Schlier, Peter Hügel, Mathias Tóth und Josef Opelz an, die vorbrachten, in der Nacht habe der Gemeindediener in Begleitung eines Gendarmen 70 Männer aufgeweckt und von jedem die Wahllegitimation verlangt. Angesichts des Gendarmen, folgten die Männer alle. Wendelin Menning, Leonhart Mayer, Johann Müller sagten Folgendes aus:

Am 3. Juni nachmittags 6 Uhr trommelte man im Dorf aus: Wer nicht auf die Regierungspartei stimmen will, soll gar nicht votieren gehen!

Morgens war das Dorf von Gendarmeriekordon umschlossen und nur jene Männer über vierzig Jahre liess man aus dem Dorfe heraus, die die eigens dazu ausgestellte Erlaubnis des Gemeindehauses aufweisen konnten. Am Gemeindehaus wurde aber wohl darauf geachtet, dass nur solche die Erlaubnis erhalten, die bestimmte Anhänger der Regierungspartei sind. 250 wählende Bürger bekamen auf diese Art keine Erlaubnis zum Verlassen der Gemeinde."

*

Aus dem Komitat Szatmár melden wir als aller bezeichnendsten Vorfall die „Wahl" von Szatmárhegy.

Das VI. Bezirk der Stadt Szatmár sind die Szatmárhegy genannten Weingärten, welche administrativ und polizeibehördlich auch zu Szatmár gehören. Obwohl dieser Stadtteil 18 Km. vom Zentrum entfernt ist, können die in der Stadt wohnenden Weingartenbesitzer, sowie die am Hegy wohnenden Landwirte, Kaufleute und Weinzettler mit den täglich 7-mal verkehrenden

Bahnen und 8-mal fahrenden Autobussen leicht und bequem hier wie dort ihre Angelegenheiten erledigen. Ständige Einwohner sind 3000 Seelen, die Zahl der Wähler ist 700, zu 75% Ungarn, 25% Rumänen.

Das Gericht, welches die Wahl leitete, verfügte dermassen, dass die am Hegy wohnenden Wähler in Erdőd, einer vom Hegy 8 Km. weit entfernten Gemeinde abstimmen werden. Diese Verfügung wurde auch allgemein verkündet. Am Tage vor der Wahl änderte aber das Gericht diese Verfügung und verkündete, die Wähler von Szatmárhegy sollen nicht in Erdőd, sondern in der Stadt votieren, was begreiflicherweise allgemeine Freude hervorrief, denn mit Ausnahme der frühen Morgen- und Abendstunden, war Erdőd nur zu Fuss oder mit Wagen erreichbar.

Am Morgen der Wahl erschienen die Wähler sozusagen vollzählig, um in die Stadt zu gehen. Polizeikommissär Miloj gab nun der Menschenmenge zu wissen, einer neuen Verfügung gemäss würde die Abstimmung nicht in Szatmár, sondern in Nagyszokond erfolgen, die Wähler sollen also dorthin, oder nachhause gehen, denn in die Stadt könne man weder zu Fuss, noch per Wagen, ja auf keine Weise gelangen, weil überall Polizeiwache achtgebe.

Nagyszokond ist eine von Szatmárhegy 20 Km. entfernte, auf ungangbarem Wege erreichbare Gemeinde. Darum, und auch weil die Menge einen Wahltrick witterte, war keiner geneigt, nach Nagyszokond zu gehen. In Gruppen getrennt warteten die Leute auf die weiteren Anordnungen, umsomehr, als sie erfuhren, das Auto der Komitatsprefektur sei nachts am Hegy gewesen und man habe dem Kommissär Miloj den Wink erteilt, wenn nur ein einziger ungarischer Wähler vom Hegy in die Stadt komme, werde er entlassen. Der Kommissär gab vor, aus der Stadt habe ihm Jemand den Namen des Richters Popescu erwähnend, die Weisung erteilt, die vom Hegy hätten in Nagyszokond abzustimmen.

Um die Wahrheit zu erfahren, wollten Einige telefonischen Anschluss mit dem Gerichtshof haben, den sie aber nicht bekamen, weil die Polizei ihn absperrte.

Einige Votanten gelangten aber dennoch mit der Bahn in die Stadt und benachrichtigten die Führer der Ungarischen Partei von den Vorgängen am Hegy. Diese hatten schon eher davon gehört und intervenierten diesbezüglich, worauf der Gerichtspräsident den Kommissär telefonisch anrief, er solle die Wähler vom Hegy in die Stadt kommen lassen. Dieser aber befolgte den Befehl der Komitats- und Polizeiprefektur. Als der Gerichtspräsident von den wenigen hereingelangten Wählern hörte, welche Haltung der Kommissär trotz seines telefonischen Befehls bewahrte, ging er per Auto auf den Hegy.

Den Polizisten des mittlerweile in die Stadt gegangenen Kommissärs abwinkend, verkündete er öffentlich, Jedermann könne und müsse auch unter Strafe in die Stadt gehen abstimmen. Er sah mit Verwunderung, dass die für die Votanten bestellten Extra-Waggons auf Befehl des Kommissärs leer in die Stadt zurückgeschickt wurden und die für die Votanten der Regierungspartei vorausbestellten und niemand Anderen aufnehmenden Autos für Lokalverkehr umso emsiger zur Stadt sausen.

Auf persönliche Verfügung des Richters konnten die in der Nähe weilenden 200 ungarischen Wähler bis zur Mittagsstunde per Bahn in die Stadt gelangen und abstimmen.

Darauf wurden die am Hegy versammelten und zurückgebliebenen Ungarn bestimmt, nachmittags um zwei Uhr ebenfalls mit der Bahn abzufahren. 361 Wähler liessen auch ihre Legitimationen abstempeln und fuhren begeistert in die Stadt um für die Ungarische Partei zu stimmen. Doch als der zum Hegy zurückgekehrte Kommissär dies sah, eilte er per Auto zur Stadt um Gegenmassnahmen zu treffen, die ihm auch grossartig gelangen.

Als nämlich der mit den 361 ungarischen Wählern beladene Zug zur Haltestelle Szatmár-Gőzfürész gelangte, zögerte er dort eine Weile und als die Wähler ungeduldig wurden, erschien eine militärische Abteilung, umringte den Zug, niemanden war es gestattet vom Zug abzusteigen und unter militärischer Bedeckung wurde der Zug zum Hegy zurückgeleitet.

Als der Gerichtspräsident das Zurückhalten des Zuges erfuhr, schickte er seinen Stellvertreter und den kommandierenden Oberst per Auto, um den Zug zurückzuholen. (Das Telefon funktionierte selbst auf den Stationen nicht), doch erreichten diese den Zug erst, als er schon am Hegy war und die Votanten sich zerstreut hatten.

Laut Aussage der Prefekturen war es wegen Epidemie des Viehstandes (?!) nicht zulässig, dass diese 361 Mann in die Stadt kommen, unterdessen durften aber die rumänischen Votanten der Regierung unbeirrt bis zum späten Abend per Auto Abstimmen fahren.

*

Endlich sei auch vom Komitat Szilágy ein einziges Ereignis beschrieben:

Die Versammlung der römisch-katholischen Gläubigen war durch die Senatorwahlen ohnehin aus ihrer Andacht gerissen und fand auch noch den Weg ihrer gewohnten Frohnleichnahms-Prozession durch Militärkordon gesperrt. Darum beschloss die Kirchengemeinde, mit dem Allerheiligsten den Umgang auf einem anderen Weg zu halten, der Aufbruch geschah auch ungehindert. Er schien sich sogar imposanter zu gestalten, als gewöhnlich, weil die zur Wahl hinströmenden Katholiken der anderen Dörfer sich gläubig dem Zuge anschlossen.

Nach verrichteter Andacht vor der ersten Zeltkapelle war die Prozession eben im Begriffe, zum zweiten Zelt zu gehen, als ein Auto unter lautem Geknatter in die Volksmenge hineinfuhr. Die Gläubigen hielten entrüstet ihr Rosenkranz-Gebet inne und einige Männer stürzten dem Auto entgegen und forderten, es solle stehen bleiben. Es blieb auch stehen, doch knatterte der Motor weiter. Darauf gingen wieder mehrere Männer zum Auto und verlangten, der Motor werde abgestellt. Als sie in das Fuhrwerk hineinsahen, erblickten sie mit Entrüstung eine kirchliche Persönlichkeit vom griechischen Ritus, bekleidet mit violettgesäumter Sutane und einen anderen niedrigeren Geistlichen.

Der Umgang begab sich weiter. Er hatte aber noch nicht das Auto überholt, als dieses wieder mit lautem Getöse an der in ihrer Andacht gestörten Versammlung vorbeifuhr.

Damit aber noch nicht genug der Störung. Vor der nächsten Zelt-kapelle erwartete ein Gendarmeriewachtmeister namens Michael Palcuți das Allerheiligste, aber nicht ehrerbietig, sondern um den christlichen Glauben der Katholiken im Herzen zu verletzen. Der Gendarmeriewachtmeister stellte fest, dass neben den blau-gelb-roten Farben der Zeltstange auch rote und weisse Bänder im Winde wehen. Am Vorabend hatten die röm. kath. Mädchen von Szaniszló das Zelt auf diese Weise geschmückt. Dies ist Irredentismus! Der Wachtmeister gerieht in furchtbaren Zorn und befahl den neben dem Zelt aufgestellten berittenen Soldaten, die Bänder von der Stange zu reissen. Der rumänische Soldat (zu seinem Lob sei es gesagt), verweigerte den Gehorsam. Darauf wiederholte der Gendarmeriewachtmeister ausser sich vor Zorn, seinen Befehl. Mit dem Gendarm gemeinsam begann darauf der Soldat still die roten, weissen und grünen Bänder von der umgestürzten Zeltstange zu entfernen, die blauen und gelben blieben daran. Die Namen der zeltschmükkenden Mädchen wurden zu Protokoll gebracht.

Es lässt sich denken, unter welchen Gefühlen, mit welcher Andacht der Umgang fortgesetzt wurde.

Nach dem feierlichen Gottesdienst eilte der Pfarrer der Kirchengemeinde sofort zum Gemeindehaus, um den selbstvergessenen Gendarmeriewachtmeister wegen seiner Tat zur Verantwortung zu ziehen. Unterwegs begegnete er ihm. Der Wachtmeister antwortete dem Pfarrer in roher, respektloser Weise, ja um seiner Verblendung mehr Nachdruck zu verleihen, griff er sogar zur Waffe. Der Kaltblütigkeit des Pfarrers und der strammen Haltung der dabei anwesenden Männer ist es zu verdanken, dass die Prozession keinen Märtyrer forderte.

Nach diesem Vorfall ging die Abstimmung zu den Senatorwahlen vor sich.

Die Stimmenzahlen der Ungarischen Partei bei den letzten drei Wahlen.

In dem von Ungarn zu Rumänien geratenen Gebiet ging die Ungarische Partei im Jahre 1927 mit der Deutschen Partei vereint zum Wahlkampf gegenüber den Brutalitäten der Liberalen Partei. In 1928 kämpfte die Ungarische Partei selbständig bei den von der Maniu-Regierung angeordneten und gesetzmässig durchgeführten Wahlen, jetzt, im Jahre 1931 wieder selbständig und wieder solchem Terror gegenüber, wie in 1927.

Dies erklärt die grosse Ungleichheit der erlangten Stimmenzahl.

Komitate	Erreichte Stimmen Der Block Ung. Partei			Perzentzahl der gesamten Stimmen		
	1927	1928	1931	1927	1928	1931
Alben	2.842	2.866	3.200	7·97	7·68	8·31
Arad	10.968	11.132	11.513	14·18	12·94	13·04
Bihar	8.541	16.159	12.562	12·84	19·33	16·14
Nösn	5.781	1.097	1.319	21·87	4·11	5·08
Kronstadt	5.108	4.893	4.201	24·11	17·27	15·14
Csik	12.281	18.223	9.772	59·22	78·57	46·60
Fogarasch	2.214	—	736	13·12	—	4·13
Drei-Stühle	3 229	17.492	12.140	14·30	76·14	50·00
Hunyad	2.478	3.198	3.274	4·16	5 02	5·03
Kleinkokl	7.767	5.247	4.904	28·66	18·70	17·80
Klausenburg	7.361	9.761	9.428	16·44	19·14	20·93
Karasch	1.899	—	—	4·15	—	—
Thorenburg	7.892	12.091	1.840	18 52	26·28	3·75
Marmarosch	—	1.244	12.847	—	5·71	26·83
Grosskokl	11.214	2.421	870	36 01	7·88	3·82
Sathmar	7.950	11.502	2.257	18 90	24·60	7·65
Hermannstadt	10.143	1 036	8.734	29·52	2·85	16·74
Szilágy	12 488	16.812	1.143	22·54	27·99	3·20
Szolnok-Dob. (Szamos)	3.902	4.772	10.765	10·79	12·21	17·18
Severin	3.638	1.964	4.337	7·38	3·92	11·51
Torda-Aranyos	3.901	5.036	4.669	13·19	16·06	15·11
Temesch-Torontal	28.648	10.032	14.491	27·94	9·42	13·86
Oderhellen	2.655	15.751	4.001	12·37	70·85	18·88
Zusammen:	162.900	172.729	139.003			

Eine Petition der ungarischen Nationalminderheit in Jugoslawien vor dem Völkerbund.

Der jugoslawische Unterrichtsminister hat im Januar l. J. eine Verordnung herausgegeben, welche der deutschen Minderheit mit Übergehung und Ausschaltung der anderen nationalen Minoritäten auf dem Gebiete des Schulwesens einige Erleichterungen gewährt. Als unmittelbare Auswirkung dieser an sich gewiss nicht unerfreulichen Massnahme lässt sich bereits die Errichtung von über 60 Volksschulabteilungen mit deutscher Unterrichtssprache in solchen Gemeinden verzeichnen, wo bislang der deutschsprachige Unterricht verboten war und wo die schulpflichtigen Kinder deutscher Volkszugehörigkeit ausnahmslos zum Besuche der Volksschulen mit serbischer Unterrichtssprache verhalten wurden. Um dem überaus grossen Mangel an zum deutschsprachigen Unterricht befähigten Lehrern deutscher Abstammung wenigstens einigermassen abzuhelfen, ermöglicht die Verordnung der deutschen Minderheit auch die Errichtung einer deutschen privaten Lehrerbildungsanstalt, im Gegensatz zum Gesetz vom Jahre 192[illegible], welches die Gründung von privaten Lehrerbildungsanstalten ausdrücklich untersagt.

Wenn auch diese Erleichterungen und Konzessionen bloss einen Bruchteil der im Schutzvertrag garantierten Minderheitenrechte betreffen und vom allgemeinen minderheitlichen, namentlich aber vom rechtlichen Gesichtspunkte lediglich einen höchst fraglichen Wert haben, insofern nämlich ein Gesetz durch ministerielle Verordnungen, die jederzeit ohne weiteres rückgängig gemacht werden können, in rechtsgültiger Weise nicht abgeändert werden kann, so bedeuten sie für die deutsche Minderheit nichtsdestoweniger handgreifliche Vorteile, zumal denn, wenn die in Schulbelangen geradezu katastrophale Lage der übrigen Minderheiten zum Vergleich herangezogen wird.

Gegen diese schlechterdings unzulässige Ungleichheit der Behandlungsweise und das mit der im 7. und 8. Artikel des Vertrages von Saint-Germain-en-Laye gewährleisteten Rechtsgleichheit, wie auch mit dem Begriff und der Einheitlichkeit des Minderheitenrechtes unvereinbare parteiische Vorgehen der jugoslawischen Regierung wird nun Verwahrung eingelegt in einer

Petition, welche statt der an jeder Lebensregung gewaltsam verhinderten und mundtot gemachten ungarischen Minderheit und in deren Interesse der letzte ungarische Obergespan des Bács-Bodroger Komitates und vormalige Generalsekretär der von der Diktatur aufgelösten ungarischen Landespartei am 12. Mai beim Völkerbundsekretariat eingereicht hat.

Es ist überaus bezeichnend für die Regierungsmethoden der jugoslawischen Diktatur, dass im August vorigen Jahres der ungarischen Minderheit ähnliche „Zugeständnisse" in Aussicht gestellt wurden, allerdings unter der Bedingung, dass sie ihrem minderheitlichen Charakter entsagend, sich hinfort bloss als „ungarische Gruppe des grossen jugoslawischen Volkes" betrachte, dass sie der Umwälzung vom 6. Januar 1929 (Übergang zur Diktatur) vorbehaltslos beipflichte, das vorherige politische Regime verurteile, den Parlamentarismus verwerfe und dass sie die in den bisher beim Völkerbund in ihrem Interesse eingereichten 7 Petitionen erhobenen Beschwerden in Bausch und Bogen als eitel Lüge und Verläumdung brandmarke. Da ein Eingehen auf diese beispiellosen Zumutungen letzten Endes gleichbedeutend gewesen wäre mit einem restlosen Verzicht auf alle im Schutzvertrag verbürgten Minderheitenrechte und nicht minder auf sämtliche Bürgerrechte, so konnten denn auch die befugten Führer der ungarischen Minderheit nicht umhin, die Erfüllung der an sie gestellten unmöglichen Forderungen schlankwegs abzulehnen.

Nun wird abermals ein ähnlicher Versuch gemacht, wobei ein gewisser Dr. Gabriel Zántó, ein skrupelloser Desperado und Renegat, der nie etwas mit der ungarischen Minderheit und ihrem Kampf für nationale Kultur und nationale Existenz gemein hatte, die ihm von den amtlichen Drahtziehern zugedachte Hauptrolle spielt. Die behördlicherseits mit drakonischen Mitteln veranstalteten angeblichen „Volksversammlungen" und die dort etwa gefassten „Beschlüsse", des Inhaltes, dass sie aller öffentlichen Rechte und jeglicher Bewegungsfreiheit beraubte ungarische Minderheit Jugoslawiens „mit ihrem Lose vollauf zufrieden sei", sollen niemand irreführen, da es sich hiebei lediglich um tendenziöse Ausstreuungen gedungener politischer Agenten und um aufgenötigte Erklärungen eingeschüchteter Volkssplitter handelt, wie dies eine an Ort und Stelle vorzunehmende unparteiische Untersuchung in einwandfreier Weise jederzeit feststellen könnte.

Der Wortlaut der Petition ist wie folgt:

Pétition

présentée à la Société des Nations au sujet des facilités scolaires accordées en janvier et février derniers à la minorité allemande de Yougoslavie, à l'exclusion des autres minorités et, en particulier, de la minorité hongroise.

J'ai l'honneur d'attirer l'attention du Haut Conseil sur le fait que le Ministre de l'Instruction Publique Yougoslave a rendu un décret accordant certaines facilités scolaires à la minorité allemande. La traduction allemande authentique de ce décret fut publiée au *Deutsches Volksblatt* de Novisad (Ujvidék) dans son numéro du 23 janvier dernier. Le texte du décret se trouve ci-joint en annexe.

Sans entrer dans l'analyse méritoire de la disposition gouvernementale favorisant la minorité allemande, je trouve nécessaire, pour mettre en relief et pour faire mieux comprendre l'importance du changement entraîné par le décret, d'en expliquer les articles en me référant aux pétitions du 15 mai et du 2 juin 1930, dans lesquelles j'ai exposé les dispositions anti-minoritaires de la loi du 27 septembre 1929 sur les écoles normales d'instituteurs et de la loi du 5 décembre 1929 sur l'enseignement primaire, et en général, la situation précaire des minorités en matière scolaire.

1. Le premier article du décret modifie la pratique suivie dans le passé et réglée également par décret, en ce qui concerne l'admission des élèves. L'admission et l'incorporation des élèves appartenant à une minorité dans une division de langue d'État ou minoritaire, s'opéraient dès le commencement sur la base de la langue et du caractère ethnique des élèves et de leurs parents et aussi sur celle de l'origine et de la signification du nom, c'est-à-dire, *sur la base de l'analyse du nom*, effectuée par les autorités scolaires arbitrairement, sans tenir compte de la volonté des parents ; tandis qu'à l'avenir, la déclaration des parents relative à la langue de famille sera aussi prise en considération, mais uniquement en faveur des élèves de minorité allemande. En ce qui concerne l'admission des élèves appartenant aux autres minorités, la pratique de l'analyse des noms suivie jusqu'ici sera maintenue.

2. L'article 2 du décret modifie, *exclusivement en faveur de la minorité allemande*, la disposition de l'article 45 alinéa 3

de la loi du 5 mai 1929 sur l'enseignement primaire d'après laquelle dans les divisions minoritaires des écoles primaires l'enseignement de la langue d'État est obligatoire dès la première classe. Les autres divisions minoritaires subissent donc vis-à-vis de celles de la minorité allemande un traitement inégal non motivé.

3. L'article 3 du décret modifie la disposition suivante de l'article 153 de la loi sur l'enseignement primaire: „toute personne jusqu'à l'âge de 25 ans, n'ayant pas reçu l'enseignement primaire, est tenue à fréquenter les cours organisés dans toutes les écoles primaires villageoises pour les analphabètes adultes. En ce qui concerne les cours à ouvrir au sein des écoles primaires urbaines, un réglement spécial donnera les instructions nécessaires".

La langue d'enseignement de ces cours est exclusivement la langue d'État; tous les efforts des minorités, fondés sur le droit qu'elles tiennent de l'article 8 du traité de Saint Germain-en-Laye, et tendant à créer à leurs frais des cours analogues, restaient stériles jusqu'ici. Le décret assure donc en cela aussi *un traitement exceptionnel à la minorité allemande.*[1]

4. Le paragraphe 4 du décret modifie, *en faveur de la minorité allemande*, la disposition de l'article 45 de la loi sur l'enseignement primaire, d'après laquelle, dans les quatre classes du cycle supérieur de l'école primaire (divisée en deux cycles dans l'intention évidente de slavisation), ou comme dit tendancieusement la loi, dans les quatre classes de „l'école primaire supérieure" l'enseignement est donné exclusivement en langue d'État.

Cette modification qui doit entrer en vigueur l'année prochaine, reconnaît en partie le principe exposé dans notre pétition[2] sur l'enseignement primaire, à savoir que l'école primaire obligatoire garde son caractère d'école élémentaire et ne sort

[1] Il est à remarquer que le décret autorise l'organisation des cours pour les analphabètes allemands, mais sous réserve que l'enseignement de la langue d'État soit obligatoire. La conséquence en sera que les élèves seront obligés d'apprendre trois et parfois même quatre alphabets ce qui compromet, au point de vue minoritaire et général, les résultats pédagogiques et pratiques de ces cours, vu le peu de temps que durent ces cours (du 1er novembre au 1er mars).

[2] Déposée au Secrétariat de la Société des Nations le 2 juin 1930, (pages 10 et 11).

point du cadre de l'enseignement de degré inférieur et des dispositions impératives du premier alinéa de l'article 9 du traité de Saint Germain-en-Laye, même au cas qu'on la divise, avec l'intention manifeste de dénationalisation en „école primaire" et en „école primaire supérieure" et qu'on veuille, à l'aide d'une interprétation erronée et arbitraire des dispositions formelles des articles 8 et 9 du traité pour la protection des minorités sur la langue d'enseignement, rayer du plan d'études des „écoles primaires supérieures" la langue minoritaire comme langue d'enseignement ou même comme matière obligatoire ou facultative.

5. L'article 5 du décret modifie l'article 13[3] de la loi sur l'enseignement primaire, de façon qu'au lieu de reconnaître ouvertement et sans réserve le droit de la minorité garanti par les articles 8 et 9 du traité de minorités, il „autorise" la création d'écoles maternelles privées allemandes.[4]

6. Le paragraphe du décret correspond entièrement à la disposition de l'article 9 de la loi sur l'enseignement primaire et ordonne expressément en faveur de la minorité allemande que la fréquentation des cours préparatoires organisés pour les élèves non serbes n'est pas obligatoire.

Dans la pratique, ce traitement différentiel signifie que les parents des enfants des autres minorités et, en particulier, ceux

[3] Cet article ne mentionne nullement le droit des minorités à créer des écoles maternelles. Les dispositions principales de cet article sont en traduction littérale, les suivantes: „Les grandes villes et les centres industriels sont tenus à créer des écoles maternelles. De telles écoles peuvent être ouvertes sur la demande des communes ou des parents, si le nombre des élèves atteint 50, ou si les autorités scolaires le jugent nécessaire. La fréquentation des écoles maternelles n'est pas obligatoire"... Pour démontrer jusqu'à quel point les désirs des parents ont été négligés, il suffit de dire que depuis 1919 aucune école maternelle minoritaire n'a été autorisée. Il est caractéristique pour la situation, qu'à Subotica (Szabadka) par exemple, où la population hongroise compte, d'après le recensement yougoslave même, 27.000 âmes, la minorité hongroise ne possède aucune école maternelle. La langue des écoles maternelles est exclusivement le serbo-croate, et tout ce qu'on permet aux enfants hongrois, c'est de parler entr'eux le hongrois pendant les récréations.

[4] En réalité, cette autorisation peut être retirée à tout moment et sans motif. La solution ne peut donc être considérée comme règlement juridique et légal de la question, à quoi l'État yougoslave s'est engagé solennellement et sous peine de sanctions internationales par l'article Ier du traité de minorités.

de la minorité hongroise seront exposés à la pression plus ou moins „douce" des autorités, aux menaces et à d'autres noyens efficaces, et on continuera, au mépris de la loi, à incorporer ces enfants dans la classe préparatoire. En dehors du préjudice énorme [5] qu'entraîne cette mesure coercitive, il y en a encore un autre, c'est que *les enfants incorporés dans la classe préparatoire, le plus souvent contrairement à la volonté des parents, ne peuvent fréquenter plus tard que les classes slaves; cette pratique est strictement suivie et la conséquence en est que ces enfants sont à jamais perdus pour les minorités auxquelles ils appartiennent.* Que c'était le vrai but de l'organisation des classes préparatoires, cela ressort entre autres du fait que ces classes ont été ouvertes exclusivement dans les communes à population hongroise et allemande des territoires détachés de la Hongrie, où, d'après les statistiques officielles, 55 classes préparatoires sont en fonction au cours de cette année scolaire. L'explication officielle qu'une classe préparatoire ne peut être ouverte que sur la demande des conseils scolaires représentant les parents directement intéressés, ne répond pas à la vérité, car, d'une part, *le texte de la loi ne contient aucune disposition pareille* et, d'autre part, les parents minoritaires et, en particulier, les parents hongrois n'ont aucune ingérence sur les décisions des conseils scolaires, étant donné que depuis la suspension de l'autonomie communale (6 janvier 1929) les affaires scolaires sont exclusivement administrées par des fonctionnaires publics dépendant uniquement du pouvoir exécutif et que les décisions imposées des soi-disant assemblées représentatives nommées et sujettes à une obéissance absolue, ne servent qu'à dissimuler les méthodes absolutistes de l'administration.

En ce qui concerne enfin l'„autorisation" à créer des écoles normales d'instituteurs allemandes privées, le décret modifie la disposition de l'article 2 de la loi sur les écoles normales d'instituteurs d'après laquelle il est strictement défendu

[5] Voir à ce sujet le rapport (pages 3 et 4) de la minorité allemande présenté au VIe congrès des minorités nationales: „Für die Kinder der nationalen Minderheiten und nur für diese wurden rein slawische sogenannte Vorbereitungsklassen aufgestellt, zu deren Besuche die deutschen Kinder noch vor dem Eintritt in das schulpflichtige Alter wider das Gesetz nicht selten gezwungen werden". (Page 3). „On a imposé aux enfants minoritaires l'obligation de fréquenter avant l'âge scolaire les classes préparatoires purement slaves". (Page 4).

d'ériger et d'ouvrir des écoles normales d'instituteurs privées. (Cette modification aussi parle seulement d'une *autorisation*, et ne reconnaît pas le droit incontestable des minorités fondé sur l'article 8 du traité de minorités à créer des écoles normales d'instituteurs privées).

*

Les „facilités" et „autorisations" énumérées au décret ne sont pas restées cette fois-ci lettre morte. Le décret No. ON. 12.284 du 14 février 1931 du Ministre de l'Instruction Publique va les réaliser. Tandis que, avant l'année scolaire courante, on n'a pas même daigné répondre aux 200 pétitions adressées par la minorité allemande au Ministre de l'Instruction Publique pour obtenir l'autorisation d'ériger de nouvelles divisions allemandes d'enseignement primaire, — et qu'on a même dans quelques communes ouvert une instruction contre les pétitionnaires pour „excitation contre l'État", — on ne tarda pas d'autoriser à présent l'ouverture de divisions, respectivement de classes allemandes dans 56 communes où l'enseignement primaire allemand était inconnu jusqu'ici.

Il est à remarquer qu'en 1930, quelques semaines avant la session de septembre de la Société des Nations, des facilités analogues ont été promises à la minorité hongroise sous forme de négociations „officieuses" faciles à démentir à tout moment; ces facilités seraient accordées à condition: 1. que la minorité hongroise déclare de n'être qu'un „groupe hongrois du peuple yougoslave"; 2. qu'elle approuve sans réserve le changement de régime du 6 janvier 1929; qu'elle soit d'accord avec l'esprit des lois du 3 octobre 1929, qu'elle condamne et stigmatise le système de la politique précédente, *repousse le parlementarisme* et se rallie ouvertement à la dictature; 3. qu'elle qualifie de calomnies les plaintes exposées dans les pétitions à la Société des Nations et qu'au contraire, elle se déclare entièrement contente de son sort.

Ceux qui ont dicté ces conditions sans exemple ont évidemment confondu la confiance et l'appui que les citoyens peuvent accorder de leur gré à tel ou tel gouvernement, sans y être contraints, avec la loyauté due à l'État et au chef d'État, ainsi qu'avec le respect obligatoire des lois.

Tous les amis des droits et des libertés publics et des droits minoritaires comprendront qu'aucune minorité, et la mi-

norité hongroise de Yougoslavie pas plus que les autres, ne saurait accepter ces conditions absurdes, d'une part parce que le droit minoritaire, garanti par le traité de minorités, ne saurait constituer l'objet de négociations et de compromis et, d'autre part, parce que l'acceptation de telles conditions signifierait la négation du caractère ethnique de la minorité hongroise de Yougoslavie et l'abandon des armes dans la lutte pour la protection minoritaire. Je dois ajouter qu'on cherche de nouveau par l'entremise de quelques aventuriers à arracher à la minorité hongroise une nouvelle déclaration, analogue à celle exigée en septembre, mais il est hors de doute qu'une telle déclaration ne traduirait pas l'état d'esprit de la minorité hongroise condamnée au silence.

Si, malgré cela, on s'efforce d'égarer l'opinion des facteurs internationaux en affirmant que les minorités de Yougoslavie sont contentes de leur situation, il ne peut y être question que de témoignages d'agents politiques payés ou d'affirmations tendancieuses et contraires à la vérité, ce *qu'une enquête impartiale sur les lieux* pourrait établir avec une certitude absolue.

Il est à remarquer que les „autorisations" accordées à la minorité allemande après douze années d'attente et de luttes acharnées, justifient pleinement les pétitions [6] présentées en matière d'enseignement à la Société des Nations dans l'intérêt de la minorité hongroise intimidée et terrifiée.

Le décret du Ministre de l'Instruction publique et les facilités y enumérées témoignent suffisamment de l'injustice dont ont souffert et souffrent encore les minorités de Yougoslavie; ils démontrent que l'on refusait à ces minorités même les droits les plus élémentaires: le libre choix d'école, la garantie de l'admission, respectivement de l'incorporation des élèves suivant la volonté des parents, le respect de la déclaration des parents sur le caractère ethnique de leurs enfants, le droit à organiser des cours pour les analphabètes minoritaires, avec enseignement en langue maternelle, l'organisation de l'enseignement primaire,

[6] *a)* Pétition concernant le renvoi en masse des instituteurs hongrois et la loi du 27 septembre 1929 sur les écoles normales d'instituteurs, deposée le 15 juin 1930; *b)* Pétition au sujet de l'enseignement primaire de la minorité hongroise de Yougoslavie et de la loi sur l'enseignement primaire du 5 décembre 1929, déposée le 2 juin 1930; *c)* Pétition relative à l'enseignement secondaire du 17 septembre 1929, déposée le 27 mai 1930.

le libre exercice du droit à créer des écoles et du droit à l'emploi sans entraves de la langue minoritaire, conformément aux articles 8 et 9 du traité de minorités.

D'ailleurs, la valeur juridique des „facilités" accordées à la minorité allemande à l'exclusion des autres minorités, est très problématique au point de vue du droit minoritaire, vu *qu'une loi en vigueur ne peut être valablement modifiée par un décret et vu qu'en cas de conflit, les tribunaux fonderont leur jugement sur la loi sanctionnée par le souverain et non sur un décret ministériel.* Le décret signifie donc tout au plus une atténuation partielle et incertaine du traitement des minorités et de l'interprétation usuelle du droit minoritaire, et même cela, uniquement en faveur de la minorité allemande.

Les „facilités et autorisations" énumérées dans le décret étant accordées à la minorité allemande, à l'exclusion des autres minorités, il est évident que la politique partiale du gouvernement yougoslave est incompatible avec le principe d'égalité en droit et de traitement prescrit par les articles 7 et 8 du traité de Saint Germain-en-Laye,[7] et en général, avec la notion et l'unité indivisible du droit minoritaire.

Le procédé du gouvernement yougoslave constitue donc une violation flagrante de l'égalité en droit, stipulée par les deux articles précités du traité de minorités exigeant le même traitement pour toutes les minorités.

J'ai donc l'honneur de demander à l'honorable Conseil:

de vouloir bien attirer l'attention du gouvernement yougoslave sur le contraste frappant qui existe entre ses procédés et ses obligations assumées dans le traité de minorités, et de vouloir bien l'inviter à accorder, après douze ans d'attente, un traitement juste et égal à tous ses ressortissants, à remplir ses engagements sans délai *par voie législative* (de lege ferrenda) et à régler, conformément aux stipulations du traité pour la protection des minorités, le droit positif des minorités habitant le territoire du pays, d'autant plus que ce gouvernement s'y est

[7] „Tous les ressortissants serbes-croates-slovènes seront égaux devant la loi et jouiront des mêmes droits civils et politiques sans distinctions de race, de langage ou de religion". (I. alinéa de l'article 7). „Les ressortissants serbes-croates-slovènes appartenant à des minorités ethniques, de religion et de langue, jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants serbes-croates-slovènes". (Article 8).

engagé, sous une forme solennelle: „à ce que les stipulations contenues dans les articles 2 à 8 de ce traité soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun réglement, ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition et à ce qu'aucune loi, aucun réglement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles".

Budapest, le 8 mai 1931.

Emériс Procopy
ancien préfet du comitat Bács-Bodrog et de la ville libre royale de Zombor, ancien secrétaire général du parti hongrois de Yougoslavie.

Adresse: Emériс Procopy
Budapest, IV., Petőfi Sándor-u. 6. IV.

Annexe I.

I.

1. L'admission des élèves dans les écoles primaires allemandes s'effectue selon la volonté des parents. La *langue de famille* est à considérer comme le critérium principal pour établir l'appartenance à une minorité ethnique.

Un comité présidé par le représentant des autorités scolaires supérieures et composé de deux représentants de l'État et de deux membres appartenant à la minorité allemande procède à l'inscription des élèves. En cas de déclarations évidemment fausses, et lorsque la décision du comité n'est pas prise à l'unanimité des voix, l'inscription doit s'effectuer provisoirement d'après la volonté des parents, en attendant que l'affaire soit réglée par l'autorité supérieure sur la demande du représentant de l'État. C'est le ministère de l'instruction publique qui décide en dernière instance.

2. Dans les divisions minoritaires allemandes, l'enseignement de la langue d'État commence dès la III^{e} classe.

3. Les instituteurs allemands peuvent tenir des cours pour analphabètes et ces cours seront placés sous le contrôle des autorités d'État, à condition que la langue d'État y soit également enseignée.

4. Dans les I^{e} et II^{e} classes de l'école primaire supérieure, la langue d'enseignement pour les élèves allemands est l'allemand.

5. La minorité allemande est autorisée à créer des écoles maternelles privées.

6. Les enfants de la minorité allemande ne sont pas tenus de fréquenter la classe préparatoire.

II.

La création d'écoles normales d'instituteurs privés, avec droit de délivrer des certificats valables, est accordée sous le contrôle de l'État, à la minorité allemande, en vue de la formation d'instituteurs pour les divisions minoritaires allemandes des écoles primaires d'État.

Concluziile datelor statistice electorale.

De **Dr. Elemér Jakabffy.**

Înainte de predarea temporară a guvernării generalului Averescu, Partidul Liberal a pregătit în primăvara anului 1926 o nouă lege electorală, al cărei principiu fundamental este, că gruparea politică, care a întrunit cel mai mare număr de voturi pe țară, dar cel puțin 40% față de celelalte grupări, se declară grupare majoritară, beneficiând ca atare și de un considerabil număr de mandate ca premiu.

Rezultatele foarte semnificative ale acestui sistem electoral — realizat de liberali, dar conceput în creerii lui Mussolini — le cunoaștem prea bine.

În 1926, când a predat Partidul Liberal guvernarea generalului Averescu, Brătianu avea în Cameră 227 partizani, iar Averescu 12. După alegerea din 1926, din cei 227 deputați liberali au rămas în Cameră 16, în schimb generalul Averescu dispunea de 267 deputați. După un an, adecă în 1927, făcând alegerile iarăș Brătianu, din cei 267 deputați averescani n'a mai rămas în Cameră nici unul, în schimb liberalii au obținut 318 mandate. A mai trecut un an. În Decembrie 1928 era deja d-l Maniu ministru-președinte. Alegerile de atunci i-au adus 304 mandate, în schimb dintre liberali au rămas numai 13, pentruca după 2 ani și jumătate să gravamineze numai 30 de naționalțărăniști față de grupul majoritar de 291 persoane al d-lui Iorga.

Dacă un om cu minte sănătoasă din străinătate va aprecia datele acestea, de sigur va ajunge la concluzia alternativă, că sau toate partidele politice românești sunt atât de mizerabile, încât nu-i permis să rămână la proverbiala oală cu carne mai mult de 1—2 ani, sau că întreaga procedură electorală nu e altceva, decât o simplă scamatorie, spre a ascunde dictatura guvernelor de totdeauna.

De astădată nu vom sta într'ajutorul străinului, ajuns într'o astfel de dilemă, ci trecem la alte date statistice.

Confrații sași — la urgentarea d-lui Rudolf Brandsch — și-au prezentat deja în Ianuarie 1919 declarația de fidelitate față de guvernul României-Mari, care pe acele vremuri încă nu era recunoscut conform uzanțelor de drept internațional. Ca urmare a acestei atitudini, guvernul le-a asigurat imediat locuri în Corpurile Legiuitoare, rămânând această asigurare un obicei. Numai în 1927, convenția cu liberalii nu le-a succes; atunci au întrat în Parlament în urma blocului încheiat cu Partidul

Maghiar. În 1922 au obținut 9 mandate de deputat, în 1926 10, în 1927 7, în 1928 9 și în 1931 11.

Sașii au luptat numai o singură dată.

Față de aceste fapte, dintre cei 33 candidați ai Partidului Maghiar, în 1922, au fost acceptați numai 4 de către președinții alegerilor. Dintre aceștia a fost ales unul, adăugându-se încă doi după alegerile temporare. Văzând brutala procedură electorală, Partidul Maghiar a încheiat, în 1926, un pact electoral cu generalul Averescu, obținând astfel 16 mandate (unul a fost mai târziu invalidat). În 1927, Partidul Maghiar a luptat laolaltă cu Germanii contra liberalilor, câștigând 10 mandate, dintre cari — conform convenției prealabile — două le-au obținut Germanii. În 1928, Maghiarii au luptat singuri; rezultatul a fost 16 mandate. Numărul acesta a scăzut acum la 10.

3, 16, 10, 16, 10. Cifrele acestea ne arată deci rezultatele luptelor noastre electorale, fiind totodată o dovadă elocventă, că de câte ori s'au validitat în alegeri brutalele ingerințe ale liberalilor, grupul parlamentar maghiar a întrat numai decimat în somptuoasa sală a Camerei din București.

Brutalitățile acestea le evidențiază mai eclatant datele statistice electorale din cele 3 județe secuești. Dupăcum am amintit deja, în 1922, cu ocazia alegerilor liberale, Partidul Maghiar nici n'a putut avea candidați în aceste județe.

Rezultatele electorale ale celorlalte alegeri, le arată următoarea tabelă:

	Part. Magh.+ Part. guvern. au obținut în 1926	Part. Magh.+ Part. German au obținut în 1927	Part. Maghiar singur a obținut în 1928	Voturile obținute de Part. Maghiar în 1931
Ciuc . . .	23.142=98%	12.281=59·22%	18.223=78·57%	9.771=46·09%
Treiscaune	21.223=92%	3.229=14·30%	17.492=76·14%	12.147=49·99%
Odorhei . .	19.557=93%	2.655=12·37%	15.751=70·85%	4.001=18·87%

Iată în cifre și procente crude rezultatele fărădelegilor liberale!

Alegerile din 1928, relativ legale și curate, ne-au documentat că, dacă legea electorală din 1926 ar fi înlocuită cu alta, care nu mai acordă, ca premiu, jumătate din mandate așa numitei grupări majoritare și, dacă în alegeri nu s'ar amesteca jandarmii — „reprezentanții principiilor liberale" — dupăcum i-a timbrat, în 1922, d-l Iorga în coloanele *Neamului Românesc*, deoarece și d-sa a fost arestat în acele vremuri, — cu un cuvânt: dacă alegerile parlamentare s'ar efectua fără baionetele jandarmilor, ei bine, atunci Partidul Maghiar ar primi cel puțin 30 mandate de deputat, ceeace ar corespunde aproximativ proporției sale numerice.

Zum kommenden Nationalitäten-Kongress.

Das vom Kongressausschuss vorgeschlagene Programm des Ende August stattfindenden VII. Nationalitäten-Kongresses ist kürzlich vom Rate (Gremium) bestätigt worden. Im Mittelpunkte der Tagung wird somit die Diskussion über die Situation der europäischen Nationalitäten – ausgehend von der in den nächsten Tagen erscheinenden Lagepublikation – stehen. Auf der Sitzung des Rates wurde u. a. festgesetzt, dass der nächste Kongress sich auch mit der Frage der bisherigen Erfahrungen mit dem Völkerbundverfahren und der Tätigkeit des Sekretariates bei Behandlung der Petitionen befassen solle. Der Termin für die Anmeldung der neuen Gruppen, resp. Delegierten zum Kongress, läuft Anfang Juli ab. Von neu angemeldeten Gruppen lassen sich bereits heute die Slowaken aus Ungarn und die Griechen der Dodekanes-Insel – zum vorjährigen Kongress entsandten die letzteren nur einen Beobachter – nennen.

Wie vor jedem Kongress, so lässt sich auch in diesem Jahre eine rege Beschäftigung der Presse mit der Nationalitäten-Bewegung und den Kongressen verzeichnen. Es sei hervorgehoben, dass sich u. a. kürzlich auch das offizielle Organ der griechischen Regierung, der „Messager d'Athènes" mit den Genfer Minderheitentagungen befasste und zwar, indem er in einer positiven Weise zu ihm Stellung nahm. Auch die bulgarische Presse beschäftigt sich mit dem kommenden Kongress. Der „Edinost", das Organ der Bulgaren Rumäniens (Dobrudscha) bringt eine Stellungnahme Rechtsanwalts Dr. Toscheff's. Der letztere kommt erneut auf die Frage der Beteiligung von Vertretern der Bulgaren aus dem jugoslawischen Mazedonien zu sprechen, wobei er dem Präsidenten und dem Präsidium des Kongresses einige Vorwürfe nicht erspart. Er meint, dass die Zukunft erneute Auseinandersetzungen in dieser Frage mit sich bringen dürfte und warnt davor, den Leidenschaften freien Lauf zu lassen. Denn – so schreibt er – in solch einem Fall müsste man sich auf eine Zertrümmerung des Kongresses gefasst machen, was für die Minderheiten aber verderblich wäre.

Bibliografia literaturei române a chestiunei minoritare.

De **Kiss Árpád.**

I.

În literatura minoritară — ce a luat fiinţă în ultimul deceniu — se prezintă şi savanţi, politiciani şi publicişti români.

Numărul operelor referitoare la minorităţi, al lucrărilor juridice, precum şi al publicărilor ziariştice în limba română, natural că nu este atât de mare ca al celor germane, maghiare, polone sau chiar şi ucraine. Cauza este deoparte, că membrii naţiunei române trăiesc în minoritate numai în număr restrâns, de altă parte opinia publică română numai în ultimul timp s'a convins, că problema minoritară — atât din punct de vedere internaţional, juridic cât şi politic — prezintă interes şi pentru Români, fiindcă de aceasta depinde existenţa şi prosperarea Statului.

În cele de mai jos enumerăm lucrările referitoare la minorităţi, apoi acele lucrări juridice, în cari se face amintire despre minorităţi şi în fine publicările periodice (cu excepţia celor apărute în ziare). Aceste lucrări şi scrieri se găsesc în Biblioteca Universităţii din Cluj.

Scopul este începerea adunării bibliografice a literaturei române a chestiei minoritare.

Ştim prea bine, că bibliografia prezentă nu e perfectă, credem însă că şi prin aceasta facem oarecare indicaţie celor cari se ocupă cu chestiunea minoritară, găsind cărţile şi articolele necesare.

După fiecare titlu dăm în câteva rânduri conţinutul, nu facem însă critica sau apreciarea.

În bibliografie se găsesc câteva lucrări, cari se ocupă cu chestiunea naţionalităţilor înaintea războiului mondial; acestea încă le credem necesare spre a fi indicate, deoarece sunt în legătură cu chestiunea minoritară.

*

A) Diferite lucrări.

1. *Bratu Traian: Politica naţională faţă de minorităţi.* Bucureşti, 1923. Pag. 68.

Atrage atenția asupra minorităților din țară. Enumeră minoritățile, cari trăiesc în România. Numărul Ungurilor îl cifrează la un milion și jumătate.

Față de minorități — scrie — în viitor trebue să fim cu dreptate.

În cele ce urmează se ocupă cu locuitorii țării după orașe și comune. Se ocupă cu politica vechiului regat și cu a Ardealului. Apoi arată diferite moduri pentru soluțiunea problemei.

2. *Budișteanu Radu: Un capitol nou în dreptul internațional public și privat: Minoritățile etnice.* București, 1928. Pag. 56.

Lucrarea de mai sus e teză de doctorat. Este împărțită pe mai multe capitole. În cel dintâi dă definițiunea națiunei, naționalității, apoi a minorității. Istoricul chestiunei îl deduce din antichitate.

Scrie și despre mișcările naționalităților de înaintea războiului mondial.

În cele ce urmează tratează drepturile acordate minorităților. Separat se ocupă cu minoritățile din România.

Face cunoscut și citează din legea ung. a naționalităților din 1868.

Găsește că în art. 7 și 16 din legea învățământului particular este acordată autonomia stipulată în favoarea comunităților Sași și Săcui.

La fine arată diferite moduri pentru soluționarea problemei.

3. *Budișteanu Radu: Proect de lege asupra minorităților etnice în statul Român.* București, 1931. Pag. 10.

Autorul — dupăcum arată și titlul — dă un proect de lege cu 10 articole. După fiecare articol dă explicațiuni.

4. *Ciato Aurel: Problema minoritară la noi.* Cluj, 1927. Pag. 33.

Autorul cu titlul de mai sus a ținut o serie de conferințe, ce pe urmă au fost tipărite.

Tratează problema minoritară și diferite moduri de soluționare.

5. *Ciato Ludovic: Problema minoritară în România-Mare.* Cluj, 1924. Pag. 30.

Stabilește că situația minorităților din România e mai bună decât era a naționalităților în fosta Ungarie.

Enumeră câteva plângeri juste de-ale minorităților.

Reforma școlară a lui Anghelescu o găsește nedreaptă.

În legătură cu folosirea limbei materne scrie, că minorităților le trebue permisă libera folosire a limbei la administrație și justiție.

Minorităților — scrie — trebue acordată cât mai mare libertate: atât culturală, economică, cât și politică, ca să nu se simtă străini pe pământul lor strămoșesc.

(V. trad. magh. în *Minorité Hongroise* an. 1924, pag. 586.)

6. *Cornea Toma: Problema minoritară.* Cluj, 1928. Pag. 68.

Constată că problema minoritară nu se poate soluționa cu sofisme sau cu păcălituri politice.

Studiază Constituția și diferite legi în legătură cu problema.

La finea lucrării scrie, că problema trebue soluționată prin Constituție.

(Lucrarea a apărut și în ungureşte în 1928.)

7. *Dașcovici N.: Principiul naționalităților și Societatea Națiunilor.* București, 1922. Pag. 177.

La începutul lucrării se ocupă cu națiunea, naționalitatea, apoi cu autodeterminarea. Tratează amănunțit plebiscitul.

Menționează și istoricul chestiunei minoritare. Scrie și despre protecțiunea internațională a minorităților, precum și despre procedura în materie de plângeri ale minorităților.

În cele următoare dă noțiunea minorităților, apoi arată misiunea minorităților din România.

Enumeră câteva drepturi acordate minorităților.

La sfârșit dă punctele lui Wilson, pactul Societății Națiunilor, hotărîrile dela Alba-Iulia și în fine tratatul încheiat la 9 Dec. 1919.

8. *Ghibu Onisifor: Catolicismul unguresc în Transilvania și politica religioasă a Statului Român.* Cluj, 1924. Pag. 276.

În prefață scrie: „Scopul acestei cărți este să arate că toate pretinsele drepturi strămoșești ale catolicismului unguresc sunt simple ficțiuni, cari nu mai pot fi tolerate și că starea lor de fapt nu este altceva, decât o provocare la adresa Statului Român".

Vrea să dovedească, că Statusul rom.-cat. n'are personalitate juridică, n'are drept la autonomie etc.

9. *Iacob Iosif: Chestiunea minorităților și Uniunea Maghiară.* Oradea, 1923.

(Lucrarea aceasta n'am aflat-o.)

10. *Maniu Iuliu: Problema minorităților.* București, 1925. (Extras din vol. „Politica externă a României". Pag. 223–243.)

I. Maniu a ținut în 11 Mai 1924 o conferință cu titlul de sus la Institutul Social Român. Această conferință a apărut mai apoi și în volumul amintit.

După introducere dă statistica naționalităților de pe teritoriile alipite. Citează din hotărîrile dela Alba-Iulia, apoi din tratatul încheiat cu România referitor la minorități.

Constată că nici hotărîrile dela Alba-Iulia, nici tratatul încheiat la 9 Dec. 1919, nu acordă autonomie națională minorităților. Enumeră cazurile când trebue folosită limba română ca limbă oficială și când pot folosi minoritățile limba lor.

(V. *Minorité Hongroise* an. 1924, pag. 477 și 517.)

11. *Mateiu I.: Minoritățile etnice din România și legea învățământului particular.* București, 1926. Pag. 24.

Tipăritura conferinței autorului ținută în 15 Dec. 1925.

Tratează chestiunea minoritară din punctul de vedere al Statului și al minorităților.

12. *Negulescu Dem.: Problema minoritară și jurisprudența Curții dela Haga.* București?

(Nu s'a găsit!)

13. *Popovici Iosif: Problema școalelor minoritare din Ardeal și Banat.* Cluj, 1925. Pag. 71.

Scrie – după cum arată și titlul – despre școlile minoritare din Ardeal și Banat; dă multe date statistice. Se ocupă și cu atitudinea Partidului Maghiar în această chestiune.

14. *Sofronie George: Principiul naționalităților în dreptul internațional public.* București, 1929. Pag. 154.

În primele capitole amintește Congresul dela Berlin, apoi tratatele din 1919–20. În cele ce urmează se ocupă cu chestia naționalităților, chestia păcii, definiția națiunei, naționalităților. Trece la istoricul chestiunei naționalităților, ține să arate influența acestuia asupra dreptului internațional public.

În capitolul al 6-lea tratează problema naționalităților în timpul tratatelor din 1919–20. Se ocupă apoi cu problema minoritară, enumeră tratatele internaționale referitoare la minorități, trece mai apoi la protecția internațională a minorităților.

În general enumeră drepturile acordate minorităților și procedura înaintea Societății Națiunilor.

15. *Sofronie George: Protecțiunea minorităților de rassă,*

de limbă şi de religie sub regimul Societăţii Naţiunilor. Oradea, 1930. Pag. 140.

La începutul lucrării se ocupă cu declaraţiile Puterilor Aliate şi Asociate referitor la naţionalităţi în decursul războiului mondial.

În capitolul al II-lea scrie despre pactul Soc. Naţiunilor si despre drepturile naţionalităţilor.

În capitolele următoare se ocupă cu protecţia actuală a minorităţilor de rassă, de limbă şi de religie.

Enumeră tratatele minorităţilor, tratatele de pace în cari sunt stipulaţiuni referitoare la minorităţi şi în fine convenţiunile referitoare la minorităţi, încheiate între diferite ţări.

Drepturile minorităţilor le tratează în trei grupe.

Arată garanţa tratatelor şi procedura înaintea Societăţii Naţiunilor.

(V. critica în *Minorité Hongroise* an. 1930, pag. 795.)

16. *Stoica Vasile: Societatea Naţiunilor şi problema minoritară.* (Nu s'a găsit.)

B) Lucrări juridice.

1. *Antonescu Mihai: Elemente de drept internaţional public.* Bucureşti. 1930. Pag. 130.

În capitolul despre Societatea Naţiunilor enumeră Statele, cari au luat angajamente referitor la minorităţi, menţionează tratatele minorităţilor.

În paginele 32, 48 şi 49 trece şi la minorităţi.

Arată hotărîrile dela Alba-Iulia. Despre tratatele minorităţilor scrie, că scopul lor este facilitarea asimilării lente, dar nu forţate a minorităţilor.

2. *Antonescu Mihai: Organizarea păcii şi Societatea Naţiunilor.* Bucureşti, 1929. Pag. 347.

Nici nu face amintire despre minorităţi, ci în legătură cu Wilson menţionează dreptul de autodeterminare al naţionalităţilor.

3. *Alexianu George: Drept Constituţional.* Bucureşti, 1926.

În manualul de drept constituţional se ocupă şi cu şcolile minoritare confesionale. Statul are datoria — scrie — de a înfiinţa şcoli acolo, unde sunt şcoli confesionale, fiindcă cele de stat vor desfiinţa probabil cele confesionale.

4. *Boilă Romul: Organizaţia de stat.* Cluj, 1927. Pag. 633.

La pagina 129 între legile fundamentale enumeră şi tratatul

referitor la minorități. În legătură cu dreptul de a folosi limba, menționează hotărîrile dela Alba-Iulia, apoi trece la tratatul încheiat la 9 Dec. 1919. (Pag. 206.)

Mai face amintire și despre libera folosire a limbei în diferite țări. (Pag. 207–208.)

5. *Budișteanu Radu: Societatea Națiunilor și Suveranitatea Statelor.* Revista de drept public. București, 1926. Pag. 320–335.

În lucrarea sa cu titlul de sus face amintire și despre chestia naționalităților.

6. *Djuvara Mircea: Principiile și spiritul ultimelor tratate de pace.* București, 1925. Vol. „Politica externă a României". Pag. 1–23.

Vorbește și despre chestiunea naționalităților și despre autodeterminare.

Stabilește că drepturile acordate minorităților nu sunt colective, ci individuale.

7. *Hacman M.: Dreptul internațional public și privat.* Cernăuți, 1924. Pag. 320.

În acest manual de drept internațional se face amintire și despre minorități. Între altele stabilește, că unele puncte ale tratatului minoritar încheiat cu România, nu se consideră ca legi fundamentale. Susține, că tratatele referitoare la minorități sunt în contrazicere cu suveranitatea Statelor.

8. *Iancovici D.: Trei ani de activitate a Societății Națiunilor.* București, 1925. Vol. „Politica externă a României". Pag. 45–57.

Amintește că în atribuțiunea Societății Națiunilor cade și protecția minorităților. În legătură cu procedura în materie de minorități înaintea Societății Națiunilor, amintește că România „de mai multe ori a fost clientul Consiliului". Procedura o află greoaie.

9. *Iosif Iacob: Hotărîrile adunării naționale din Alba-Iulia.* Oradea, 1924. (Lucrarea de sus nu s'a găsit.)

10. *Negulescu Dem.: Curtea permanentă de justiție internațională.* București, 1925. Vol. „Politica externă a României". Pag. 35–34.

Scrie despre Curtea permanentă de justiție internațională din Haga. Stabilește că minoritățile nu o pot căuta, ci numai statele. Chestiunea minoritară numai atunci se discută, dacă Statele nu cad de acord în chestiunea ivită. Chestiunea minori-

tară — scrie — Marile Puteri o privesc ca chestie internă, iar faţă de Statele mici ca chestiune internaţională. Enumeră cazurile (ref. la minorităţi) în cari a decis Curtea permanentă de justiţie internaţională.

11. *Negulescu Paul: Curs de drept constituţional român.* Bucureşti, 1927.

În acest manual aminteşte şi minorităţile. (Pag. 78—79.) Aminteşte şi tratatele minorităţilor. Se ocupă pe scurt şi cu art. 7 din tratatul încheiat cu România la 9 Dec. 1919.

Scrie că legea din 24 Februarie 1924 ref. la cetăţenie a fost făcută în spiritul angajamentelor internaţionale.

12. *Negulescu Paul: Tratat de drept administrativ român.* Bucureşti, 1925.

Într'un capitol separat tratează minorităţile. (Pag. 143—148.) Enumeră câteva drepturi de-ale minorităţilor, între altele şi cel de a avea şcoli. Scrie şi despre rolul Societăţii Naţiunilor şi al Curţii permanente de justiţie internaţională în chestii referitoare la minorităţi.

13. *Sofronie George: Desvoltarea contemporană a dreptului internaţional public şi tendinţele actuale.* Bucureşti, 1928. Pag. 80.

În lucrarea de mai sus se face amintire şi despre chestia naţionalităţilor. (Pag. 72—73.)

14. *Onişor Victor: Tratat de drept administrativ român.* Bucureşti, 1930. Pag. 929.

În legătură cu limba oficială scrie (pag. 101—108), că legea ung. din 1868 este încă în vigoare, apoi face cunoscută această lege.

Aminteşte tratatul ref. la minorităţi, citând din acesta. Din acest punct de vedere se ocupă cu Constituţia şi cu legile ref. la chestiunea de mai sus.

15. *Teodorescu Anibal: Tratat de drept administrativ.* În peste 9 pagini vorbeşte despre minorităţi. (Pag. 63—72). În general aminteşte câteva drepturi de-ale minorităţilor, apoi scrie despre minorităţile din ţară.

(Va urma).

Urkunden zu den Kämpfen im Schutze der Minderheitsschulen in Siebenbürgen.

1919 – 1929.

Verfasser: **Dr. Andreas Balázs**
Prälat-Domherr.

VI.

X.

No. 1830 – 1923.

Gegenstand: **Gesuch in Angelegenheit der Klosterschulen.**

An Herrn Unterrichtsminister in Bukarest.

Die Unterrichts-Generaldirektion von Klausenburg teilte uns unter No. 10.596 – 1923 eine Verordnung mit, laut welcher alle unter der Leitung von Mönchen und Nonnen bestehenden Gimnasien, Mittel-, Bürger- und Handelsschulen, Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalten, welche bis jetzt nicht die rumänische als Unterrichtssprache gebrauchten, von 1. September 1923 an in der I. Klasse für alle Lehrgegenstände die rumänische Unterrichtssprache einzuführen verpflichtet sind, in den übrigen Klassen aber laut Verordnung No. 10.599 – 1923 Geschichte, Geografie und Verfassungslehre rumänisch zu unterrichten haben.

Diese Verfügung, so überraschend sie kam, ebenso stellt sie die Leiter der Klosterschulen vor eine unmögliche Anforderung.

Unsere Schulen, deren Lehrkräfte Ordensbrüder oder Nonnen sind, können noch nicht der rumänischen Sprache in Wort und Schrift derart mächtig sein, um sämtliche Lehrgegenstände der ersten Klasse rumänisch unterrichten zu können. Die vollkommene Aneignung einer Sprache beansprucht selbst bei Personen, die mit besonderem Sprachtalent gesegnet sind, mehrere Jahre. Dies ist infolge der Abgesondertheit von der Aussenwelt, in welcher Ordensbrüder und Nonnen leben, besonders der Fall, da sie keine Gelegenheit haben, sich in der Sprache zu üben. Ohne Kenntnis der Sprache zu lehren, wäre zum Schaden des Unterrichtes, es würde sogar dessen Ernst gefährden.

Doch nicht nur praktisch ist diese Verfügung unausführbar, auch prinzipiell ist sie für uns in höchstem Grade verletzend. Sie entblösst die Schulen erhaltende Kirche ihres unzweifelhaft bestehenden Rechtes, dem gemäss sie für ihre Gläubigen Mittel-, Bürger- und andere Schulen ihrer eigenen Unterrichtssprache erhalten kann. Nachdem im siebenbürger Bistum 99% der katholischen Gläubigen Ungarn sind, gehören die von den Ordensbrüdern und Nonnen unterrichteten Kinder auch mit geringer Ausnahme zum Ungartum. Zahlendaten bestätigen diese Tatsache am sprechendsten. In den folgenden Schulen des Bistums unterrichten Ordensbrüder, resp. Nonnen: Im Klausenburger Knabenliceum Piaristen, in 4 Knabenbürgerschulen Franziskanermönche und in 10 Mädchenerziehungsanstalten Nonnen. Im Klausenburger Liceum waren im vergangenen Lehrjahr 1922–23 478 Schüler, davon 444 ungarischer Muttersprache, 7 Rumänen, 27 Israeliten, die ebenfalls nur ungarisch sprechen. Also war ausser den jüdischen mehr als 93% der Schüler ungarisch. Von den, unter Leitung der Franziskanermönche befindlichen 256 Schülern der 4 Bürgerschulen sind nicht ungarisch 4, ungarisch 252, das heisst 98% der Schüler ist ungarisch. Von den 10 Mädchenerziehungsanstalten sind deren 2312 Schüler 2253 ungarisch, also 97%. Die zehnte ist die Klosterschule der Hermannstädter Ursulinerinnen, wo im Vergleich zu den übrigen Klostern die meisten nichtungarischen Schüler sind. Auch dort sind von 192 Schülern 147 ungarisch, d. h. 76%.

Müssten die Klosterschulen im Sinne der Verordnung stufenweise den rumänischen Sprachenunterricht einführen, so wäre für alle ungarischen Mädchenmittelschüler der Unterricht in ihrer Muttersprache unmöglich gemacht. Im Bistum ist nämlich der Mädchenmittelschulunterricht fast ausschliesslich den Klosterfrauen anvertraut. Wenn aber unsere lernenden Mädchen ihre Studien nur rumänisch betreiben können, so vernachlässigen sie dabei ihre Muttersprache und würden sie auch nach und nach vergessen, was gleichbedeutend wäre mit der gewaltsamen Rumänisierung der ungarischen weiblichen Jugend. Wir halten es für sehr notwendig, dass unsere Schüler die rumänische Sprache in Wort und Schrift je gründlicher erlernen, was wir auch mit allem Eifer erstreben. Doch kann und darf von uns gefordert werden, dass in unseren eigenen Anstalten, die wir, ungarische Katholiken aufrechterhalten, wir unsere eigenen

Kinder des Gebrauches ihrer Muttersprache berauben und dazu beitragen, dass sie ihre Sprache vergessen und sich ihrer Eigenart abwenden? Solch unmögliche Anforderung kann uns nicht zugemutet werden.

Jedes Volk besitzt das naturgemässe Recht zu seiner eigenen Sprache, seiner Rasseneigenart, seiner eigenen Kultur, welches Gott den Menschenseelen eingab. Dieses Gesetz darf nicht ungestraft verletzt werden.

Wenn auch in den Punkten 9–11. des Pariser Vertrages ausser allen Zweifels das Recht unserer Kirche für ihre Gläubigen Schulen mit eigener Unterrichtssprache aufrechtzuerhalten nicht zugesichert wäre, so wäre der Staat dennoch verpflichtet, dieses Recht seiner Völker zu achten. Offenbar nahm die neue Verfassung mit Rücksicht auf dieses natürliche Recht der im Lande lebenden Völker die Lehrfreiheit auch in ihre Satzungen auf. Die Abschnitte 5 und 24 der Verfassung sichern ausdrücklich für alle Untertanen die Lehrfreiheit. Dieser Sprachzwang ist aber geradezu ein Verstoss gegen die Lehrfreiheit. Welche Lehrfreiheit wäre es, wenn die Eltern ihre Kindern nur dann in die Schulen ihrer eigenen Konfession schicken dürften, wenn diese Schulen rumänische Unterrichtssprache anwendeten? Und wie ist es überhaupt mit der Lehrfreiheit vereinbar, wenn eine Minderheitskirche zur Erhaltung von Schulen mit solcher Unterrichtssprache gezwungen wird, welche 99% der Gläubigen nicht beherrschen? Diese Sprachzwangsverordnung beraubt die Kirche wahrhaftig ihres Schulerhaltungsrechtes, weil dadurch Dinge gefordert werden, zu deren Erfüllung weder die Gläubigen, noch die Professoren, noch weniger die Schüler imstande sind und denen nachzukommen die Kirche nicht fähig ist. Die Kirche könnte dies nur dann erfüllen, wenn sie die Nationalität ihrer Gläubigen unterdrücken und sie ihrer Rasseneigenart entkleiden wollte. Doch mit dem Geist der katholischen Kirche, des Evangeliums Christi ist die Unterdrückung jedweder Volksgattung, das Aufzwingen irgendeiner Sprache auf eine Rasse unvereinbar. Die katholische Kirche breitet ihre schützenden Fittiche über jede Volksgattung in gleicher Weise aus, und besonders beschützt sie solche kleinere Völkermassen, welche die Staatsmacht unterdrücken oder einschmelzen will.

Mithin entspricht auch die Begründung der Sprachverordnung, die Ordensmitglieder seien verpflichtet, überall in der

Staatssprache zu unterrichten, nicht der Wahrheit. Diese kann für solche Länder gelten, wo keine Rassen- und Religionsminderheiten existieren, also eine von der Mehrheit verschiedene Sprache und Religion der Minderheit nicht berücksichtigt werden muss. Es trifft aber nicht in solchen Ländern zu, wo eben die Rassenminderheiten Katholiken sind und die Ordensmitglieder nicht einmal der Nationalität nach zur Mehrheit gehören. Unsere Ordensmitglieder sind zum überwiegenden Grossteil ungarischer Nationalität, und welche nicht ungarischer Abstammung sind, auch diese genossen ungarische Bildung und sprechen die ungarische Sprache, als wäre sie ihre Muttersprache.

Von diesen Ordensmitgliedern zu fordern, sie sollten nichtrumänische Schüler ausschliesslich in rumänischer Sprache unterrichten, bloss darum, weil sie in Rumänien leben, ist eine ganz unbegründete und unmögliche Anforderung. Diese wäre nur in dem Falle begründet, wenn die römisch-katholischen Schüler und Eltern rumänischer Nationalität wären.

Diese Verordnung ist auf unsere sogenannten Klosterschulen auch darum nicht anwendbar, weil unsere Schulen eigentlich keine Klosterschulen sind, sondern vonseiten der einzelnen Kirchengemeinden erhaltene Kirchengemeindeschulen. Das katholische Knabenliceum von Klausenburg ist die autonome Schule des siebenbürger röm. kath. Status. In allen diesen Schulen sind die Ordensbrüder oder Nonnen bloss Angestellte auf Grund des mit dem Schulerhalter geschlossenen Vertrages, der Schulerhalter bezahlt sie, sorgt für den Bestand der Schule, deren Bedürfnisse an Material und kann wann immer statt der Ordensmitglieder weltliche Lehrer anstellen.

Das Obengesagte zusammenfassend, bitten wir Herrn Minister, von der Durchführung dieser Verordnung Abstand nehmen zu wollen, da diese nicht nur mit den bestehenden Gesetzen und erworbenen Rechten im Gegensatze steht, sondern einfach unausführbar ist auch darum, weil sie die freie Ausübung der katholischen Religion bedroht, welche der Abschnitt 22 der neuen Verfassung jeder Konfession zusichert und womit die Unterrichtsfreiheit der Gläubigen untrennbar vereinigt ist. Wir müssen erklären, dass die katholische Kirche und die durch sie erhaltenen Schulen zur Ausführung solch einer Verordnung nicht verpflichtet werden können.

Klausenburg, den 16. Juli 1923.

Director şi redactor răspunzător: Dr. Elemér Jakabffy.
Tipografia Husvéth şi Hoffer, Lugoj.